

Unabhängige Bauerninformation



Berufsständisch • Parteiunabhängig • Kritisch

12/2022

GAP NEU = Bittere Ernte für die Bauern

Die Bauernvertretung begrüßt das Ergebnis einer GAP neu, welches den Bauern die Existenzen nimmt!

Warum akzeptiert die Bauernvertretung, dass Auflagen, Bürokratie und Kontrollen steigen, die Bepitzelung zunimmt, mehr Leistung gefordert wird und der Bauer bekommt weniger bezahlt?

Ein „längerer“ offener Brief des UBV Steiermark an den Minister und die Kammerpräsidenten.



Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik.
Landwirtschaft neu denken und handeln = ökosozial leben!

Wie viel muss ein Bauer verkaufen,
wenn er eine Rechnung mit 1.000 Euro bezahlen will?

**172
Mastschweine**



6 Cent
Gewinn je kg
Schlacht-
gewicht

**15 Mastrinder
mit 380 Kilo Schlachtgewicht**



17 Cent
Gewinn je kg
Schlacht-
gewicht

**20.000 Liter
Milch**



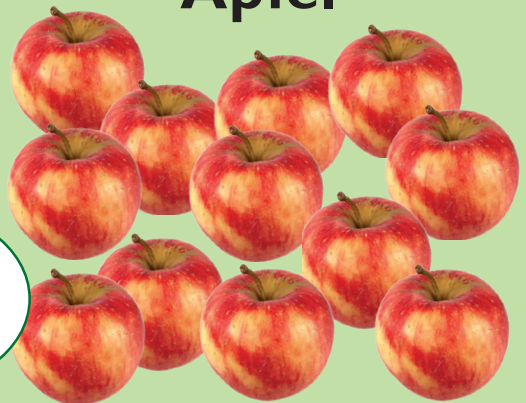
5 Cent
Gewinn je
kg Milch

**100
Ferkel**



32 Cent
Gewinn je
kg Ferkel

**20.000 Kilo
Äpfel**



5 Cent
Gewinn je
kg Äpfel

© UBV Steiermark



Sehr geehrter Bundesminister Norbert Totschnig!
Sehr geehrter Präsident Josef Moosbrugger!
Sehr geehrte Präsidenten der Landwirtschaftskammern in Österreich!

Ihr habt im letzten Jahr – wie in den Jahren – zuvor immer betont, die GAP sei für unsere Bauern alternativlos. Jede Kritik an der GAP und an der Art und Weise, wie die GAP und die Entscheidungen zur GAP getroffen werden, wird zurückgewiesen. Das GAP-Ergebnis wird sogar als sehr positiv „gefeiert“! Mit wenigen Ausnahmen (Josef Moosbrugger, Johannes Schmuckenschlager) verweigert man es, sich andere Meinungen oder Überlegungen anzuhören bzw. zu diskutieren.

Fakt ist, dass wir seit dem EU-Beitritt den Bauernstand in Österreich halbiert haben. Von 239.000 Betrieben im Jahr 1995 existieren nur mehr rund 110.000 Betriebe (2021). Als Grund wird immer der Strukturwandel ins Treffen geführt. Das ist nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Die größten Probleme sind die explodierenden Produktionskosten und das Stagnieren bzw. das Absinken der Erzeugerpreise. Die Bauern sind in Österreich wie europaweit in einer Kostenfalle, weil die Spielregeln nicht passen. Diese sind für Konzerne und den Handel geschrieben. Die Bauern zahlen die Zeche, sie haben eine bittere Ernte.

Das ist das Ergebnis eines Totalversagens der GAP (Gemeinsame EU-Agrarpolitik). Ihr seid als gewählte Vertreter dafür mitverantwortlich! Während der Bauernstand seit dem EU-Beitritt unverschämte ökonomisch rasiert wird, gibt es in jeder anderen Berufsgruppe jedes Jahr mehr Geld! Wir fragen uns und es fragen sich viele Bauern: Warum schweigt ihr zu diesen Entwicklungen? Warum verweigert ihr den kritischen Dialog zu den vielen Problemstellungen? Warum negiert ihr z.B. die fehlenden Inflationsabgeltungen?

Warum negiert ihr z.B. die nicht vorhandene echte Abgeltung aller Leistungen, die wir als Bauern erbringen? Warum akzeptiert ihr Spielregeln, die uns ökonomisch ruinieren? Warum wollt ihr nichts ändern und klammert euch an die nicht brauchbaren Vorgaben einer verrückt gewordenen Brüsseler Technokratie fest? Warum kämpft ihr nicht für andere Lösungen?

Wir wollen neue Wege in der Agrarpolitik! Wir suchen nicht schuldige, sondern Lösungen. Wir erwarten uns von euch, dass ihr eure Verantwortung auch lebt und dass man sich nicht abduckt! Die Ausrede, es gibt kein Geld, lassen wir nicht gelten. Das ist in unserer Unterlage ausreichend dokumentiert. Geld ist genug da!

Wir stellen unsere Forderungen hiermit zum wiederholten Mal öffentlich zur Diskussion und fordern Lösungen!

Herzliche Grüße

LKR Johann ILSINGER
Obmann UBV Steiermark

LKR Johann HERBST
Obmann-Stellv. UBV Steiermark

UBV Steiermark 2022 - Wichtige Themen und Punkte

Es gibt zwei konkrete Themenstellungen, denen alle politischen wie wirtschaftlichen Maßnahmen unterzuordnen sind, nämlich:

- **Erhalt und Sicherung der Souveränität der Lebensmittelerzeugung sowie -versorgung**
- **Erhalt und die Sicherung der Energieversorgung**

Nimmt man diese Punkte ernst, dann hat der Großteil der Bevölkerung wenig Sorgen, eine sichere Arbeit, Einkommen und damit wichtige Fundamente für ein gedeihliches Dasein in unserer Gesellschaft.

Wir Bauern sind viel gewohnt. Die Umbrüche für die Land- und Forstwirte seit dem EU-Beitritt 1995 suchen ihresgleichen. Jeder von uns kann vom eigenen Hof eine Geschichte erzählen. Die Geschichte unserer Höfe ist geprägt von zahlreichen Umbrüchen, ständig wachsenden Auflagen, desaströsen Erzeugerpreisen, fehlender Abgeltung der Inflation und nur teilweiser Abgeltung all unserer Leistungen.

Die Rolle der Politik ist teilweise sehr schäbig. Während sich die Politik die gesetzlich festgeschriebene Abgeltung der Inflation aus dem Steuertopf ungeniert abholt – also Geld der Bürger in die Parteikasse steckt – bekommen die Bauern nichts! Die Sozialversicherungsbeiträge sind aber gesetzlich an die Inflation gekoppelt. Für die Erzeugerpreise und Ausgleichszahlungen gilt das nicht. Zusammengefasst: Es gibt eine große Anzahl an Ungerechtigkeiten und schlechte bis unfaire Spielregeln am Markt.

Die Politik macht die Spielregeln! Offensichtlich sind dieser bzw. Politikern wie auch Medien folgende wichtige Aufgaben, welche die Bauern erledigen, nicht bewusst:

- Wir Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die Lebensmittel im Land erzeugt.
- Wir Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die kostenlos die Kulturlandschaft gestaltet.
- Die Land- und Forstwirte sind die einzige Berufsgruppe, die mit der aktiven Bewirtschaftung von Grund und Boden, von Wiesen und Äckern oder Wäldern sowohl CO₂ speichern und gleichzeitig Sauerstoff erzeugen (Nähere Infos dazu bitte beim UBV per E-Mail anfordern).
- Wir Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die bei Erzeugerpreisen wie bei Leistungszahlungen vom Staat keine Abgeltung der Inflation haben. Das bedeutet einen Kaufkraftverlust seit dem EU-Beitritt von bis zu 90 % (Inflation 1994 bis 2022 rund 75 %!). Daher sind 1.000 € Ausgleichszahlung nur mehr 250 € wert. Wir müssten also rund 1.750 € für eine Maßnahme bekommen.
- Dazu mutet man uns Bauern in Österreich unmögliche Spielregeln zu: So gibt es z.B. in Österreich zahlreiche Verbote bzw. Auflagen bei der Produktion von Lebensmitteln. Im Regal des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) bzw. im Supermarkt stehen jedoch zahlreiche Importwaren, bei denen die in Österreich geltenden Verbote oder Erschwernisse bei der Produktion nicht gelten.
- Das ist kein Wettbewerb, sondern das ist ein für „dumm verkaufen“ der Bauern!

Der UBV fordert: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik. Landwirtschaft neu denken und handeln = ökosozial leben!

Der UBV hat auf Grund der vielen Ungereimtheiten in der Agrarpolitik bereits 2018 angesichts der bevorstehenden neuen GAP ein konkretes Programm geschrieben und darin festgehalten, was die Bauern benötigen, damit sie ökonomisch eine echte Perspektive haben.

Allein daran sieht man den konkreten Unterschied zur Denk- wie Herangehensweise zwischen dem UBV und anderen. Wir warten nicht ab, was die Technokraten in Brüssel vorschlagen. Um dann hier den Bauern zu erklären, dass es eigentlich noch viel schlimmer hätte kommen können. Aus unserer Sicht ist das eine Bankrotterklärung!

Auf Grund der Erkenntnisse der nun beschlossenen GAP haben wir vom UBV nun folgende zentrale Forderungen auf den Tisch gelegt, die aus unserer Sicht notwendig sind, um eine echte ökonomische Perspektive zu haben.

Die Bauern werden seit Jahren durch untaugliche Rahmenbedingungen vielfach in ein finanzielles Fiasko hineingetrieben. Die sogenannten Ausgleichzahlungen reichen bei weitem nicht aus, um die Kosten in der Produktion zu decken.

Viele Betriebe leben nur von der Substanz. Die Konsequenz ist, dass jährlich tausende Betriebe zusperren. Mit anderen Worten: Das komplette Versagen der aktuellen EU-GAP Agrarpolitik ruiniert tausende Bauernhöfe in der ganzen EU, vor allem auch im Alpenraum.

Die von der Regierung verordneten Maßnahmen rund um die Covid 19-Pandemie haben viele Betriebe noch tiefer in ein Tal der Tränen hineingetrieben. Nachdem man in der EU hunderte Milliarden Euro – besichert mit Steuergeld der Bürger – aufbringt, um marode EU-Mitgliedsstaaten zu finanzieren, fordert der UBV vier Sofort-Maßnahmen, die ein Fundament für eine langfristige, nachhaltige und existenzsichernde Wirkung für die Bauern bedeuten.

UBV FORDERUNG - Maßnahme 1:

- Eine nicht rückzahlbare Investitionsförderung für die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe – gerechnet je Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft. Das sind rund 400.000 Jobs mit jeweils 1.500 Euro/Monat = 18.000 Euro im Jahr.
- Diese Investitionsförderung soll dann auf die aktuell rund 110.000 Betriebe aufgeteilt werden. Damit hat man auf einen Schlag auch eine deutliche soziale Komponente geschaffen und stärkt so die kleineren Betriebe stärker.
- Das bedeutet je Betrieb rund 65.000 Euro nicht rückzahlbare Investitionsförderung. Das Geld muss in Österreich für Investitionen ausgegeben werden.
- Damit partizipiert dann die gesamte heimische, regionale Wirtschaft an dieser Investitionsförderung mit. Das ist die beste Stärkung des „Ländlichen Raumes“.

UBV FORDERUNG - Maßnahme 2:

- Als zweite Maßnahme fordert der UBV die Stärkung der Bäuerinnen. Dazu fordert der UBV eine Mindestpension von 1.200 Euro sowie je Kind zusätzlich 200 Euro.

UBV FORDERUNG - Maßnahme 3:

- Als dritte Maßnahme fordert der UBV die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch den Nothilfe-Fonds der Bundesregierung für die Jahre 2021 und 2022.

UBV FORDERUNG - Maßnahme 4:

- Erhöhung der Umsatzsteuer beim Verkauf von agrarischen Erzeugnissen auf 20 %.

Diese vier Maßnahmen sind dringend notwendige direkte Unterstützungen für Bauern – als Entschuldigung für das Versagen von politischen Entscheidungsträgern, die mit untauglichen Rahmenbedingungen und Spielregeln die Land- und Forstwirte in eine ökonomisch dramatisch schlechte Situation hineingetrieben haben. Die Ausrede, es gebe dafür kein Geld, gilt nicht.

Der Staat hat genug Geld! Beispiele zum Nachlesen, wofür der Staat Geld ausgibt:

79.000 Euro für jeden AUA-Mitarbeiter

Der Staat hat 2020 – ohne mit der Wimper zu zucken – 450 Mio. € aus dem Ärmel gebeutelt, um die marode AUA, diese gehört der Lufthansa, zu retten. Es gab keine Jobgarantie für Mitarbeiter, die AUA kündigte in einem ersten Schritt kurz darauf 650 Mitarbeiter, 650 weiter folgten. Also zahlt der Staat je AUA-Mitarbeiter rund 79.000 €!

62.000 Euro für die Pflege von 1 Hektar Autobahn/Straßen/Grünstreifen

Für die Gestaltung von Kulturlandschaft am Beispiel Straßenränder budgetiert man jährlich rund 62.000 € je Hektar. Als der UBV in seinem Grundsatzpapier eine gestaffelte Leistungsabgeltung von 900/700/500 € je Hektar zur Diskussion stellte, fielen viele aus den Wolken: Das sei zu teuer. Man vergleiche: Hier 62.000 €, dort 500 € je Hektar Kulturpflege! So billig wie die Bauern pflegt und gestaltet niemand das Land.

57.318 Euro Durchschnittsgehalt bei Beamten – rund 12.000 Euro bei den Bauern

Die Beamten gehören sicher nicht zu jenen, die am schlechtesten verdienen. Trotzdem hat der Staat in den letzten sieben Jahren jährlich hunderte Millionen bzw. für 2023 1 Milliarde dazu gelegt. Das zahlt alles der Steuerzahler bzw. die Wirtschaft. Diese Gehälter sind immer gleich und steigen jährlich, egal ob es der Wirtschaft gut geht oder nicht. Insgesamt war/ist das dem Staat rund 2,8 Milliarden Euro wert. Das sind keine Einmaleffekte, sondern jährliche Mehrkosten (plus, was weiter dazu kommt). Konkret gab es 2017 + 168 Mio., 2018 rund + 308 Mio., 2019 rund + 375 Mio., 2020 rund + 320 Mio., 2021 rund + 200 Mio., 2022 rund 447 Mio. und 2023 rund 1 Mrd. Euro! Es ist also genug Geld da, wenn man will!

Vergleich Brutto-Durchschnittseinkommen verschiedener Gruppen im Jahr*):

- | | |
|---|------------|
| • Arbeiter und Arbeiterinnen | 28.459 EUR |
| • Angestellte | 32.444 EUR |
| • Vertragsbedienstete (z.B. Gemeinde) | 34.946 EUR |
| • Beamte und Beamtinnen | 57.318 EUR |
| • Landwirtschaft: Der Grüne Bericht rechnet dies schön (inkl. SV-Abgaben) und nicht auf eine Arbeitskraft gerechnet | 28.000 EUR |

Real liegt das Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft nach Abzug der SV-Beiträge:

12.250 EUR

*) Diese Zahlen sind alle bei der Statistik Austria nachzulesen – erfasst bis 2020!

Neben den Maßnahmen 1 bis 4 sind für den UBV folgende zentrale Forderungen am Tisch, die umgesetzt werden müssen, damit Bauern ökonomisch eine Zukunft haben können:

1) Abgeltung der Inflation

Wir haben seit dem EU-Beitritt eine Inflation von knapp 75 %. Die nicht erfolgte Abgeltung der Inflation bei Ausgleichszahlungen und Erzeugerpreisen bedeutet einen enormen Kaufkraftverlust von bis zu 90 %. Umgelegt auf die Inflation müssten die Ausgleichszahlungen um 75 % je Maßnahme höher sein. D.h. 1.000 € zum EU-Beitritt müssten heute 1.750 € sein. Wir wollen die Inflation rückwirkend ab dem EU-Beitritt abgegolten bekommen.

2) Gleiche Spielregeln in der Produktion

Wir fordern ein Verbot des Handels und des Vertriebs von Lebensmitteln, die nicht nach den gleichen Spielregeln/Vorgaben erzeugt werden, wie das bei uns gefordert bzw. gesetzlich vorgegeben ist. Das heißt ein Importverbot von Lebensmitteln, die nicht unseren vorgegebenen Produktionsstandards entsprechen.

3) Maximal 100 % Preisaufschlag beim Handel mit Lebensmitteln für den LEH

Wegen fehlender Spielregeln beim Handel mit Lebensmitteln erdrücken uns importierte Billigwaren im Regal des LEH. Daher braucht es eine Regelung, die besagt, dass der LEH max. 100 % auf den Einkaufspreis aufschlagen darf. Damit wäre das Preisdumping beendet.

4) Stopp des unkontrollierten Handels mit Lebensmitteln

Ohne Kontrolle ist beim grenzüberschreitenden Handel mit Lebensmittel dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Eine Kontrolle kann den Betrug abstellen. Wir fordern daher eine Kontrolle. AMA, AK und LK sollten diese Lebensmittelkontrollen umsetzen.

5) Echte Leistungsabgeltung – Was ist 1 Hektar Kulturland wert?

Wir wollen eine echte Leistungsabgeltung. Wieso bewertet man bis heute nicht die Leistung der Land- und Forstwirte für die Pflege und Gestaltung von Kulturland? Was ist in den Augen der Bauernvertreter die Bereitstellung von 1 Hektar Kulturland wert? Bisher machen wir Bauern das gratis! Wir wollen eine Abgeltung dieser Leistungen.

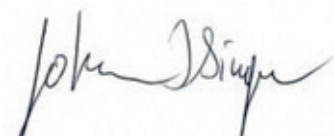
6) Abgeltung für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff

Wir speichern Unmengen an CO₂ in der jährlich neu erzeugten Biomasse und gleichzeitig erzeugen wir Sauerstoff! Warum werden diese Leistungen nicht bezahlt? Warum gibt es keine Möglichkeit eines CO₂-Zertifikathandels für uns, während dies für Autohersteller schon möglich ist? Wir fordern eine Abgeltung der Leistung CO₂-Speicherung und Sauerstoff-Erzeugung.

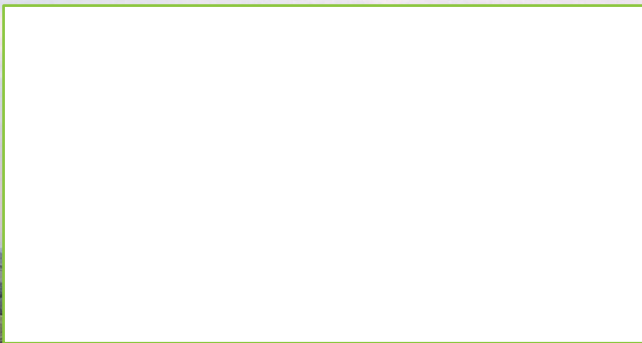
7) Abgeltung aller Leistungen, die von den GAP-Ausgleichszahlungen nicht erfasst und bezahlt werden, durch nationale Maßnahmen

Es wurde von den jeweiligen Agrarministern abwärts immer wieder gebetsmühlenartig betont, dass jede Verkürzung der Leistungsabgeltungen bzw. Ausgleichszahlungen im Rahmen der GAP national abgegolten werden. Das wurde auch insbesondere vor den diversen Wahlen (Nationalratswahlen, Landtagswahlen bis hin zu den Kammerwahlen) von Bundeskanzlern und den Landeshauptleuten der ÖVP betont. Wir fordern daher für all jene Leistungen, die von den Land- und Forstwirten erbracht und nicht über GAP-Gelder bezahlt werden, dass diese national von der Republik Österreich bezahlt werden.

**Es gilt mehr denn je: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik!
Landwirtschaft neu denken und handeln = ökosozial leben.
Der UBV und die von euch gewählten Bezirks- und Landeskammerräte kämpfen für die genannten Themen, Ziele und Inhalte.**


LKR Johann ILSINGER
Obmann UBV Steiermark

PS: Bitte schickt uns eure aktuelle E-Mail-Adresse mit Vor- und Familiennamen sowie Adresse! Wir wollen euch zukünftig öfter UBV-Informationen per E-Mail zukommen lassen! Unsere Adresse: office@ubv-stmk.at



**Wir engagieren uns,
weil wir mitgestalten wollen!**



Beitrittserklärung

Hiermit trete ich dem **Unabhängigen Bauernverband (UBV) Österreich**, Landesverband Steiermark, bei und erkläre mich bereit, diesen mit einem jährlichen Beitrag von 50 € bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Vor- und Zuname:

Adresse:

Tel.: E-Mail:

Handy: WhatsApp: Ja Nein

- Ich bin auch interessiert, aktiv mitzuwirken und in meiner Region als Ansprechpartner zu fungieren.
- Ich stimme zu, dass meine oben angeführten Daten vom Unabhängigen Bauernverband zum Zwecke des Sendens von Informationen gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich kann diese Einwilligung jederzeit widerrufen.

Ich erhalte die **Unabhängige Bauernzeitung (UBZ)** kostenlos (nach Einzahlung des Mitgliedsbeitrages).

- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag per Erlagschein/Mitgliedervorschreibung.
- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag bis auf Widerruf direkt mittels Abbuchungsauftrag.
Meine Kontodaten¹ lauten:

Name des Kontoinhabers:

Bankinstitut:

IBAN:

BIC:

1) Ihre Daten werden vertraulich behandelt und dienen ausschließlich zur Einhebung des Mitgliedsbeitrages.

www.ubv.at
office@ubv.at

Datum: Unterschrift:

Die Beitrittserklärung bitte einsenden an:
UBV Österreich • Grub 8 • 4771 Sigharting **oder per Mail an:** office@ubv.at